



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel. (Die Lage der preußischen Finanzen. Die Finanzen des Reichs und der Einzelstaaten. Die Wahlrechtsagitation in Preußen.)

Berlin, 12. Januar 1908

Die Vorarbeiten der Reichstagskommissionen sind noch nicht so weit gediehen, daß die zweiten Lesungen des Etats und der größeren Vorlagen beginnen können. So kommt es, daß der Reichstag in den ersten Tagen nach Beendigung der Weihnachtserien die Aufmerksamkeit der weitem politischen Kreise noch nicht in besonderm Maße in Anspruch genommen hat. Der Schwerpunkt des politischen Interesses liegt gegenwärtig im preußischen Landtag, weil es sich hier um Fragen handelt, die nicht nur das Wohl des größten deutschen Bundesstaats bestimmen helfen, sondern auch in einem gewissen innern Zusammenhang mit wichtigen Fragen der Reichs=politik stehn.

Im preußischen Abgeordnetenhaus wurde gleich nach der Wiederaufnahme der Verhandlungen im neuen Jahre der Etat vorgelegt. Was der Finanzminister Freiherr von Rheinbaben dabei über die finanzielle Lage des Staats im allgemeinen zu sagen hatte, war von der größten Bedeutung auch für das ganze Reich, denn wir stehn, wie schon früher auseinandergesetzt worden ist, vor Entscheidungen über die Reichsfinanzen, wobei Preußens finanzpolitische Einrichtungen und Bedürfnisse außerordentlich schwer ins Gewicht fallen. Das diesjährige Finanzexposé des Herrn von Rheinbaben konnte leider kein erfreuliches Bild geben. Dem wachsenden Bedarf entsprechen keine steigenden Einnahmen. Es zeugt freilich für die Gerechtigkeit des direkten Besteuerungssystems, daß sich eine wirtschaftliche Depression sogleich in dem schlechtern Fließen der direkten Besteuerungsquellen geltend macht. Aber das ist ein schlechter Trost, wenn die praktische Wirkung darin besteht, daß die Ausführung notwendiger und gemeinnütziger Leistungen des Staats dadurch erschwert und verzögert wird. In Preußen wird eine gründliche Reform der Beamten= und Lehrerbefoldungen geplant, und eben jetzt muß die Hoffnung auf eine dem Mehrbedarf genügende Steigerung der Staatseinnahmen als trügerisch erscheinen, weil sich die Erträge aus der Einkommensteuer und der Vermögenssteuer vermindert haben. Früher war es die Eisenbahnverwaltung, die dem preußischen Staat über solche Verlegenheiten hinweghalf. Aber jetzt zeigt sich überall, daß die gewaltigen Anforderungen, denen die Eisenbahnverwaltung zu genügen hat, wenn sie der heutigen Verkehrsentwicklung auch nur einigermaßen folgen soll, Mehrausgaben nach sich ziehen, die von den erhofften Überschüssen viel zu wenig übrig lassen.

Nun ist ja trotzdem die Lage der preußischen Finanzen immer noch so, daß der Staat die Besoldungsreform nicht zurückstellen braucht. Durch weise Sparsamkeit an der rechten Stelle und mit Hilfe einer Anleihe wird über die schlechten Zeiten hinwegzukommen sein. Denn die Grundlage dieser Finanzwirtschaft ist gesund, und die Ursachen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Depression sind nicht derart, daß man nicht auf ihre baldige Überwindung rechnen dürfte. Das wird man unter den gegenwärtigen Umständen auch gegenüber den Bedenken vertreten können, die sich gegen die Aufnahme der neuen Anleihe zur Deckung einer dauernden, laufenden Mehrausgabe sonst grundsätzlich erheben lassen. Der wesentlichste Übelstand bleibt doch, daß die ungünstigere Gestaltung der preußischen Finanzen gerade in dem Augenblick zutage tritt, wo der Finanzbedarf des Reichs die Notwendigkeit einer Neuordnung der Reichsfinanzen dringend macht. Ein innerer Zusammenhang zwischen dem Defizit im Reich und dem in Preußen besteht nicht. Denn die Verlegenheit des Reichs entsteht nicht aus wirtschaftlichen Rückschlügen, die die Einnahmequellen

spärlicher fließen lassen, sondern aus der organischen Unzulänglichkeit der Quellen selbst, aus denen das Reich seine Einnahmen schöpfen muß. Aber obwohl es sich da um zwei ganz verschiedene Fragen handelt, ist es doch von der größten Bedeutung für die Lösung des Problems der Reichsfinanzreform, ob der größte deutsche Einzelstaat in guter Finanzlage ist oder nicht. Jedenfalls wird man es verstehen müssen, daß ein preußischer Finanzminister unmöglich dem an ihn herantretenden, so leichten Herzens ausgesprochenen Wunsch nach direkten Reichssteuern nachgeben kann. Er kann unmöglich im Staatsministerium eine Maßregel befürworten, die die preußischen Steuerzahler direkt in größerem Umfange belastet, während es der Staat selbst trotz ungünstiger Finanzlage nicht für opportun hält, eine solche Mehrbelastung in gleichem Umfange für seine eignen Zwecke vorzunehmen.

Daraus ist zugleich zu ersehen, wie mißlich es ist, die Fragen der Reichsfinanzreform aus ihrem Zusammenhang mit einzelstaatlichen und kommunalen Finanzfragen herauszulösen. Es ist zwar nicht daran zu zweifeln, daß dieser Zusammenhang den Urhebern der zahlreichen Reformvorschläge und den noch zahlreichern Kritikern, die das Reichsschatzamt in Grund und Boden räsonieren, ohne zu verraten, wie man es besser machen soll, im Grunde wohl bewußt ist, aber in den meisten Erörterungen tritt das nicht hervor, und deshalb wird der nicht besonders unterrichtete Durchschnittswähler häufig nicht begreifen können, warum man im Reich immer nur mit den unpopulären Verbrauchssteuern und ähnlichen Vorschlägen indirekter Steuern kommt, jede direkte Besteuerung aber verschmäht. Und doch müßte es auch dem mäßig begabten Steuerzahler klar sein, daß die Gesamtbelastung in Rechnung gezogen werden muß; er würde sich gewiß am meisten wundern, wenn ein einseitig ausgebautes System direkter Besteuerung den gesamten Bedarf in Reich, Einzelstaat und kommunalen Verbänden zu tragen hätte. Er würde dann vielleicht auch zu seinem Erstaunen die Erfahrung machen, daß, wenn der Ertrag gesichert sein soll, die mittlern Einkommen bei einem solchen System viel schärfer herangezogen werden müßten als jetzt.

Die zweite Frage, die im preußischen Landtage besondere Bedeutung erlangt hat, ist die Frage des Wahlrechts, die inzwischen von der Sozialdemokratie auf die Straße getragen worden ist. Über das preußische Wahlrecht und das angebliche Bedürfnis, es zu reformieren, ist in den Grenzboten kürzlich so Vortreffliches gesagt worden, daß wir an dieser Stelle lediglich darauf verweisen können. Wie bei allen derartigen Fragen muß man unterscheiden können, was dabei auf sachlicher Überzeugung beruht, und was nur aus taktischen Gründen um gewisser Wirkungen willen behauptet wird, endlich auch, was unter den gegebenen Verhältnissen möglich und praktisch durchführbar ist.

Mit den Leuten, die das Reichstagswahlrecht für das relativ beste Wahlrecht halten und darum wenigstens theoretisch wünschen müssen, daß diese Wohlthat endlich auch dem armen, unglücklichen, verwahrlosten preußischen Staat zuteil werden möchte, brauchen wir uns hier nicht auseinanderzusetzen. Da handelt es sich um Gegensätze, die nicht dadurch aus der Welt geschafft werden können, daß man den Parteigegner von einem Irrtum zu überzeugen versucht. Man wird aber leider feststellen müssen, daß die Fürsprecher der Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen nur zum kleinen Teil mit Gründen arbeiten, in denen man auch als Gegner eine achtungswerte, sachliche Überzeugung erkennen und respektieren muß. Die Regel ist, daß mit Phrasen, Entstellungen, Übertreibungen und direkten Unwahrheiten gearbeitet wird. Man kann die Probe machen, wenn man sich gelegentlich mit einem Ausländer unterhält, der sein Urteil über deutsche Verhältnisse aus gewissen deutschen Blättern schöpft, die im Auslande vorzugsweise gelesen werden. Ein solcher Ausländer wird in das größte Erstaunen geraten, wenn er hört, daß

das allgemeine Wahlrecht in Preußen längst besteht; aus den soeben bezeichneten Blättern wird er das nicht entnehmen können. Es wird ihm daher wohl leicht klar zu machen sein, worin eigentlich die Entrechtung des preußischen Wählers besteht. Wenn man diese Entrechtung darin sieht, daß nicht jede Wahlstimme zu ihrem Ziel gelangt, dann ist auch das Reichstagswahlrecht zu verurteilen, und wir kommen auf das liberum veto des weiland polnischen Reichstags. Denn genau besehen, verschwinden die Stimmen der Minderheiten bei den Reichstagswahlen noch viel gründlicher als bei den preußischen Landtagswahlen.

In dasselbe Gebiet gehören Äußerungen, wie sie kürzlich der „Genosse“ Eduard Bernstein getan hat, außer Rußland habe kein zivilisierter Staat ein so jämmerliches Wahlrecht wie Preußen. Es ist recht schade, daß man Herren dieser Art nicht beim Wort nehmen kann. Bernstein würde es nach dieser Behauptung gewiß für einen Fortschritt halten, wenn wir in Preußen das englische Wahlrecht einführen. Das Experiment kann ja leider nicht gemacht werden, und so wird man darauf verzichten müssen, sich die verdubten Gesichter der preußischen Proletarier auszumalen, die sich durch die von ihrem Genossen Bernstein empfohlne Verbesserung des „elenden“ preußischen Rechts plötzlich auch noch dessen, was sie jetzt haben, beraubt sehen würden.

Diese und ähnliche handgreifliche Lügen und Verdrehungen, die nur aus taktischen Gründen in die Öffentlichkeit geworfen werden, um die Massen aufzuregen und ihnen das Gefühl erlittnen Unrechts zu erzeugen, sind sicherlich nicht schön, aber sie sind in dieser bösen Welt wenigstens zu verstehen, da der Zweck, der damit erreicht werden soll, die Aufhebung der Massen, in Wahrheit auch erreicht wird. Vollkommen unverständlich dagegen bleibt es, wenn wirklich hier und da geglaubt worden sein sollte, die Wahlrechtsreform könne unter den gegenwärtigen Verhältnissen der innern Reichs- und Staatspolitik der preußischen Regierung in der Tat abgetroßt werden.

Und doch zeigt das Vorgehen der Freisinnigen im preußischen Abgeordneten= hause, daß sie sich einen gewissen Erfolg davon versprechen zu können glaubten. Daß die Wahlrechtsreform in Preußen nicht zu den Fragen gehörte und gehören konnte, die bei der „konservativ-liberalen Paarung“ eine Rolle zu spielen hatten, ist von Anfang an klar gewesen. Als der Abgeordnete Raumann im neugewählten Reichstage die Frage aufs Tapet brachte, wurde allgemein zugegeben, daß das ein programmwidriger Seitenprung war, der geeignet war, die Blockpolitik in Gefahr zu bringen. Als sich die beiden freisinnigen Gruppen die Forderung zu eigen gemacht hatten, wurde dies von allen gemäßigten Politikern als ein entschiedener Fehler bezeichnet, und die Zweifel, die in den verschiedenen Parteilagern an dem Bestand des Blocks gehegt wurden, gründeten sich in der Hauptsache darauf, daß die Freisinnigen eine Aktion auf ihre Fahne geschrieben hatten, die das Vertrauen in eine gedeihliche und von gutem Willen erfüllte Zusammenarbeit mit andern Parteien von Grund aus erschüttern mußte. Nachdem es aber einmal geschehen war, mußte eine Interpellation in diesem Sinne geduldet werden. Daß die freisinnigen Wünsche abgelehnt werden mußten, verstand sich ganz von selbst. Selbst wenn Fürst Bülow es für möglich gehalten hätte, den Linksliberalen auch hier entgegenzukommen, würde er wahrscheinlich auf die größten Schwierigkeiten gestoßen sein, die Zustimmung des Königs dazu zu erlangen. Und dann hätte er noch außerdem das ganze Staatsministerium auseinandersprengen müssen, denn es ist ganz ausgeschlossen, daß sich für eine Radikalisierung des preußischen Wahlrechts unter den Ministern eine Mehrheit gefunden hätte. Fürst Bülow hatte aber auch seinerseits als guter Kenner der Realitäten im preußischen Staat gewiß keine Neigung in sich zu überwinden, an ein solches Experiment irgendwie heranzutreten. Daß er hier jedes Diplomatisieren, jedes halbe Versprechen und Vertrösten als zwecklos

und unwürdig vermied, kann ihm doch nur zum Lobe angerechnet werden. Damit hätte er sich jedes Vertrauen bei der Rechten und den Mittelparteien verscherzt, und das Vertrauen der radikalen Linken hätte er damit nicht gewonnen. Das wissen die ehrlichen Leute auf der linken Seite so gut wie anderswo, und sie wissen es nicht erst seit dem 10. Januar, wo der Ministerpräsident den Interpellanten eine ehrliche, runde Absage erteilte, sondern sie wußten es längst vorher. Deshalb berührt es höchst widerlich, daß einzelne Organe der freisinnigen Presse jetzt die Überraschten und bitter Enttäuschten spielen und den Fürsten Bülow zum Teil in unerhörter Weise angreifen. Sie könnten recht gut wissen, daß, wenn Fürst Bülow ihnen den Willen getan hätte, oder richtiger gesagt, versucht hätte, ihnen den Willen zu tun, er sich selbst den Weg zu einer fruchtbaren Politik unwiderruflich versperrt hätte. Der Block wäre gerade dadurch vollständig auseinandergesprengt worden. Den Hauptschaden aber hätte der Liberalismus selbst getragen. Da man nicht annehmen kann, daß der Vorstoß aus bloßer Torheit und Kurzsichtigkeit unternommen worden ist, so verrät der Versuch der Freisinnigen, aus den eignen Fehlern dem Ministerpräsidenten einen Strick zu drehen, eine gehörige Portion Unehrlichkeit. Demgegenüber ist zunächst nur festzunageln, daß diese Gefährdung der Blockpolitik von liberaler Seite ohne ausreichende Gründe unternommen worden ist.

Weiter wird nun die Ostmarkenvorlage wieder den Landtag beschäftigen. Es scheint, als ob jetzt auch den Konservativen vor dem Kompromiß graue, und man doch noch ans Werk gehn werde, um eine andre Lösung zu finden. Welche das sein wird, ist zurzeit noch unklar.

Der leidige Zwist im Flottenverein geht noch weiter. Da aber die Hauptversammlung in Kassel so nahe bevorsteht, so ist es wohl angemessen, auch die Besprechungen der letzten Vorgänge, die hauptsächlich auf die Stellung der Protektoren Bezug haben, noch so lange aufzuschieben, bis die ganze Sache im Zusammenhang besprochen werden kann. Einstweilen kann man nur bedauern, daß die Hineinziehung fürstlicher Personen in eine Frage, die erst durch den Zusammenhang mit Parteifragen ihre Bedeutung erhält, der Sache einen peinlichen, der Sache nicht förderlichen Charakter gegeben hat.

Die Weltwirtschaft. Ein Jahr- und Lesebuch. Unter Mitwirkung zahlreicher Fachleute herausgegeben von Dr. Ernst von Halle, Professor an der Universität Berlin, Wirklicher Admiralitätsrat. II. Jahrgang, 1907. 1. Teil:\*) Internationale Übersichten. Leipzig und Berlin, W. G. Teubner, 1907.

Dieses ausgezeichnete Werk, dessen ersten Jahrgang wir seinerzeit empfohlen haben, ist nicht allein das beste Nachschlagebuch für aktuelle Wirtschaftsangelegenheiten, sondern wie der Titel sagt, auch ein Lesebuch, aus dem man in interessanter und anregender Lektüre die vollständigste Übersicht über das Wirtschaftsleben der Gegenwart schöpfen kann. Ein gutes Resumé des vorliegenden Bandes finden wir schon gleich in der „Vorbemerkung“. „Die gefahrdrohenden Zustände, wie sie vor allem durch die amerikanische Überproduktion und die Mängel des deutschen Geld- und Kreditmarkts und die ungenügende Ordnung der deutschen Reichsfinanzen hervorgerufen werden, haben 1906 noch nicht zu ernsthaften Unglücksfällen geführt. Steigende Beschäftigung und Löhne machten die Arbeitsfreitigkeiten hier und da zwar lebhaft, aber die Lage der Industrie und der [hand]arbeitenden Klassen wurde dadurch nicht allzu erheblich erschüttert, und die Schilderung des Armenwesens vermag sich Betrachtungen über normale Zustände und der Erörterung allgemeiner Fragen und Maßnahmen zuzuwenden. Ein Jahr großer grundlegender Maßnahmen auf dem Gebiet der Handelspolitik durch den Beginn einer neuen Ära,

\*) Teil 2 ist auch schon erschienen und wird in einem der nächsten Hefte besprochen werden.

hat 1906 [dennoch] große Entscheidungen und Umwälzungen nicht gebracht. Die Fortschritte der materiellen Produktion waren hier und da erheblich; die prophezeiten Rückschritte der Produktion und des Absatzes traten nicht ein, aber nennenswerte Errungenschaften sozialer und wirtschaftlicher Neuorganisation, tiefgreifende Reformen kamen auch nicht zum Abschluß. Fortsetzung des Entwicklungsganges des Vorjahres auf einer quantitativ vergrößerten Wirkungsfläche war die Lösung. Im Kunstgewerbe allerdings war speziell für Deutschland die Dresdner Kunstausstellung auch ein Beleg für qualitative und organisatorische Fortschritte." Den von Benutzern und Kritikern ausgesprochenen Wünschen ist durch Ergänzungen und durch Einfügung neuer Teile nach Möglichkeit entsprochen worden. Der Band enthält dreizehn Hauptteile, von denen mehrere in Unterteile gegliedert sind: Die große Politik des Jahres von Dr. Kurt Riezler; Internationale Wirtschaftspolitik von Dr. Eduard Roghé; Weltsozialpolitik von Dr. Waldemar Zimmermann; Weltproduktion von Professor Dr. Ballod und Regierungsrat Dr. H. Boelker; Geld und Kredit von Eisenbahnbau- und Betriebsinspektor Ernst Diebermann, Redakteur des Handelsteils der Frankfurter Zeitung Arthur Feiler und dem Archivar der Dresdner Bank Dr. Hjalmar Schacht; Der Welthandel von A. H. Hirschberg in London; Der Weltverkehr (Eisenbahnen, Schifffahrt, Post und Telegraphie) vom Vortragenden Rat im Ministerium der öffentlichen Arbeiten Dr. Alfred von der Leyen, Dr. Ernst von Halle und Oberpostinspektor D. Grosse; Versicherungswesen vom Generalsekretär des deutschen Vereins für Versicherungswissenschaft Dr. Alfred Manes; Die Finanzen der europäischen und der wichtigeren außereuropäischen Staaten vom Geheimen Oberfinanzrat Otto Schwarz; Die Technik im Jahre 1905 vom Privatdozenten an der Königl. Bergakademie in Berlin Professor Dr. H. Mehner; Kunstgewerbe von Dr. Hermann Muthesius; Armenwesen von Dr. E. Münsterberg; Das Wirtschaftsrecht vom Oberlandesgerichtsrat Dr. Karl Ritter. Wer im Buchladen rasch ein paar Stichproben nehmen will, dem empfehlen wir nachzulesen, was Seite 264 von den Künsten erzählt wird, mit denen man in Frankreich den schlimmen Stand der Finanzen zu verschleiern sucht, ferner über die Aufbringung der Kriegskosten in Rußland Seite 276 und die verhältnismäßig kurze Abhandlung, in der Mehner über Kartoffeltrocknung, Fasernot und Bodenheizung berichtet. Ein schönes Meditationsthema liefert sein Seufzer auf Seite 297: „Die Landwirtschaft leidet schwer von dem Segen des Himmels und der Wissenschaft.“ Die „Fasernot“ der Textilindustrie wird u. a. durch den Umstand erhöht, daß die Verwendung ungeheurer Mengen von Zement für Bauten einen entsprechenden Bedarf an Zementfäcken erzeugt, den die Zuteweberei kaum zu befriedigen vermag. Illustrationen veranschaulichen die Wirkung der Bodenheizung in der Königl. Gärtnerschuleanstalt Dahlem, und von gewebten Stoffen aus Natronzellulose sind Proben beigelegt. Den Zeitungsredaktionen und den Verwaltungsbehörden wird das Jahr- und Lesebuch für Weltwirtschaft sehr bald unentbehrlich geworden sein.

Gnosis. Im 4. Heft des Jahrgangs 1904 der Grenzboten haben wir Die Gnosis des genialen Autodidakten Eugen Heinrich Schmitt angezeigt, in der zu beweisen versucht wird, daß die Gnostiker die echten Jünger Jesu gewesen seien, und die Kirche als Unterdrückerin des echten Christentums auf das heftigste bekämpft wird. Jetzt ist (bei Eugen Diederichs in Jena) der zweite Band des Werkes erschienen, der die Entwicklung der Gnosis bis auf die Gegenwart verfolgt. Wie zu erwarten war, anektiert Schmitt alle tiefen und schönen Gedanken, die er bei den großen Denkern findet, für seine Gnosis; namentlich die Mystiker des Mittelalters und die deutsche idealistische Philosophie nimmt er für sich in Anspruch; am nächsten scheint ihm Eduard von Hartmann dem gekommen zu sein, was er für die Wahrheit

hält. Der zweite Band vermag an dem Urteil nichts zu ändern, das wir über den ersten gefällt haben. Wir erkennen die Gelehrsamkeit, die Gedankentiefe, den Scharfsinn des originellen Forschers an und stimmen in vielem einzelnen mit ihm überein; glauben aber zwischen den Extremen des Orthodoxismus und des Materialismus hindurchfinden zu können, ohne uns mit Schmitt in theosophische Schwärmerei zu verirren, denn dies und nichts anderes ist seine Gnosis.

Bücher von Dr. Ernst Schulze. Der hier genannte Inhaber des Gutenbergverlags in Hamburg, der sich die Förderung der Volksbildung im heutigen prägnanten Sinne zur Lebensaufgabe gemacht hat, ist Verfasser mehrerer Bücher, von denen zwei, das über die Volksbibliotheken und die Schrift über Volksbildung und Volkswohlstand, ihrerzeit in den Grenzboten gelobt worden sind. Jetzt hat er Berichte über Fortbildungsschulen, Universitätsausdehnung, Settlements, Volkshäuser, Volksbibliotheken, Vorträge, Volksbildungsvereine in den europäischen Ländern, in den Vereinigten Staaten und in Japan von Leitern solcher Veranstaltungen in ihrer Heimat abfassen lassen und gibt sie mit Professor G. Hamdorff zusammen unter dem Titel: Archiv für das Volksbildungswesen aller Kulturvölker (in seinem Verlag 1907) heraus. Der Wert und Nutzen des verdienstlichen Unternehmens wird natürlich erst zutage treten, wenn eine Reihe von Jahresberichten vorliegen wird, aus denen dann zu ersehen ist, wie sich die einzelnen Veranstaltungen bewähren, wie sie sich ausbreiten oder zurückgehn. Es ist bekanntlich nicht immer und überall die reine Liebe zum Volke, zur heranwachsenden Jugend, was den Eifer für die Verbreitung von Volksbildung entflammt; es wirken dabei mancherlei Tendenzen mit, und in den Berichten aus dem grünweißen Königreiche hört man entgegengesetzte Melodien erklingen. Wie die Magyaren die Volksbildung verstehen, ist bekannt, doch läßt ihr Unterrichtsminister immerhin noch so weit Vernunft walten, daß der ungarische Berichterstatter schreiben kann: „Die Vorträge an den landwirtschaftlichen Winterschulen werden natürlich überall in der Muttersprache des Volkes abgehalten, demnach außer in ungarischer auch in deutscher, rumänischer und slawischer Sprache.“ Dagegen bemerkt der siebenbürgische Berichterstatter: „In allen Schulanstalten nimmt auf Grund von Gesetzen und Regierungsverordnungen der magyarisches Sprachunterricht einen breiten Raum ein; wenn man nun auch vernünftigerweise und zum eignen Vorteil die Staatssprache möglichst erlernen soll, so erscheint es doch unpädagogisch, wenn der Unterrichtsminister den magyarisches Sprachunterricht [aber doch wenigstens nicht das Magyarisches als Unterrichtssprache!] schon in der zweiten Klasse fordert.“ Außerdem wird über die Belastung der siebenbürgischen Deutschen geklagt. Ihre Schulen sind Kirchenschulen, ihre Kirche aber bekommt nichts vom Staate, während in Ungarn alle drei Konfessionen und auch die Israeliten Zuschüsse zur Bestreitung der Kosten ihres Kirchen- und Schulwesens erhalten. — Dr. Schulze hat vor einigen Jahren eine Studienreise in die Vereinigten Staaten unternommen und die empfangnen Eindrücke in hübschen Skizzen geschildert, die er jetzt als ersten Band seiner „Kulturgeschichtlichen Streifzüge“ (Gutenbergverlag 1908) veröffentlicht. Am meisten hat uns darin die Biographie des „verdientesten Negers“ Booker Washington interessiert, des Gründers und Leiters der Schule zu Tuskegee, deren vierzig Gebäude fast ausschließlich von den Schülern selbst hergestellt worden sind. Der noch in der Sklaverei geborne Sohn einer Sklavin hat gerade die drei Eigenschaften, die den Negern am meisten abgehn: Willenskraft, Stetigkeit und Ausdauer, von Kindheit auf in bewunderungswürdigem Maße bewährt. Doch ist daraus auf die in der Negerrasse vielleicht schlummernden Anlagen deswegen kein sicherer Schluß zu ziehn, weil sein Vater, den er nie gekannt hat, wahrscheinlich ein Weißer gewesen ist.

Über Kunst und Religion sucht sich in unsern Tagen mancher auszusprechen, und dabei kommt dann öfter kurioses zutage. In die „Führer zur Kunst“ (Nr. 9, Paul Neff) hat sich ein Aufsatz „Religion und Kunst“ von Johannes Gauke verirrt, den man mit wachsendem Erstaunen (und Unwillen) liest, bis man am Schluß des Rätsels Lösung in einer Verherrlichung Häckels findet. Hier entsprechen den Kolumnenkopfdruckfehlern „Michelangelo“, „ästhetisch“ ebenso peinliche Gedanken- und Druckfehler im Text. Wir gestehn, daß uns der Standpunkt und die Arbeitsweise eines besonnenen Katholiken wie B. Steins in seinen Studien über „Neuere Dichter im Lichte des Christentums“ (Verlag von Friedrich Alber) weit sympathischer sind. Schon eine aufrichtig teilnehmende oder abwehrende katholische Stimme über Storm, Fontane und Raabe, über Keller, Meyer und Heyse überhaupt einmal zu hören ist Gewinn; der Verfasser ist in den Dichtungen dieser sechs, aber auch in ihren Briefen und der Literatur über sie bewandert, und der Spiegel des Katholizismus — mehr um diesen als um das Christentum handelt es sich — ist, wenn man die ihm eigentümlichen blinden und blanken Stellen kennt, doch eben auch ein Spiegel. Das wenigste Gewicht scheint uns der Schlußteil dieser Sammlung zu haben: der zu allgemein absprechende Aufsatz über Ibsen, der zu glatt anerkennende über Stenkiwicz und die Zusammenstellungen über das Thema Christus in der neuen Literatur.

Mit Bemerkungen über Religion in der Kunst klingt auch das neueste Buch über Goethe aus. Es ist der Schlußband einer Reihe von Arbeiten von Moeller van der Bruck, die der Verfasser unter dem anspruchsvollen Gesamttitel „Die Deutschen. Unsrer Menschengeschichte“ veröffentlicht hat (F. C. C. Bruns Verlag). Wie die einzelnen Bände dieser Serie Beispiele von Verirrten Deutschen, Führenden Deutschen, Verschwärmten Deutschen, Entscheidenden Deutschen, Gestaltenden Deutschen vorführen, so erscheint nun hier zum Beschluß Goethe als der Verirrte, der Führende, der Verschwärmte usw., wobei es nicht ohne gewalttätige Drehung dieser Begriffe abgeht. Der Wert des Buchs liegt nicht in einer objektiven Reproduktion des Goethischen Lebensgehalts, sondern in dem Reflex von typischen modernen deutsch-idealistischen Bestrebungen auf das Wesen Goethes mit franker, zum Teil schiefer Kritik.

# Odol

Das  
Mundwasser